

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.
Postfach 100253
48051 Münster

Alphabetisierung

Fragen und Antworten für Artikel in pädagogischen Fachzeitschriften

1.1. Auch Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten sollen am politischen Leben in diesem Land teilhaben können. Was tut Ihre Partei dafür, dass Ihr Wahlprogramm bzw. Ihr Grundsatzprogramm auch diesen Menschen zugänglich wird?

Wir schreiben unser Wahlprogramm nicht für uns oder für einige wenige Menschen, sondern wir wollen unsere Ziele so vielen Menschen wie möglich bekannt machen. Deshalb veröffentlichen wir zu unseren zentralen Zielen kurze, bündige und verständlich geschriebene Themenflugblätter. Zur Europawahl sind auf unserer Homepage www.die-linke.de u.a. zu finden: "Mindestlohn europaweit.", "Gleicher Lohn für Frauen!", "Millionäre zur Kasse!" und "Raus aus Afghanistan.". Außerdem kann man unser Wahlprogramm auch vollständig erfassen, ohne zu lesen: Kreszentia Flauger, Mitglied des Niedersächsischen Landtags von der Partei DIE LINKE, hat es vorgelesen - es ist als Audiodatei unter www.kreszentia-flauger.de zugänglich.

1.2. In der Fernsehsendung „report.Mainz“ der ARD wird von einem Analphabeten berichtet, dem die Arbeitsagentur das Arbeitslosengeld II gestrichen hat, da er nicht in der Lage war, Bewerbungen zu schreiben. Ihm wurden kein Alphabetisierungskurs und keine Hilfe angeboten. Der Mann wurde obdachlos. Was sagt Ihre Partei zu diesem Fall? Quelle:

<http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=4293806/qaj6rn/index.html>

Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, werden von den ARGEn und Jobcentern vielfach unter Druck gesetzt, diskriminiert und unwürdig behandelt. Auch deshalb fordert DIE LINKE: Hartz IV muss weg! Der von report.Mainz geschilderte Fall ist ein Skandal - und leider nicht der einzige. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik muss Menschen umfassende Unterstützung bieten, statt sie zu gängeln. Dabei muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Alphabetisierungskurse jederzeit und für alle zugänglich sind, sowie dass Interessierte zu einer Teilnahme ermutigt und unterstützt werden.

1.3. Einem türkischen Analphabeten wurde vom Verwaltungsgericht Baden-Württemberg die Einbürgerung verweigert. Die Begründung: Man müsse die deutsche Schriftsprache beherrschen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu diesem Fall? Quelle:

<http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/123/459762/text/>

Die Haltung der LINKEN zu dieser Frage ist klar: Unserer Auffassung nach soll die Fähigkeit zur einfachen mündlichen Verständigung in der deutschen Sprache für eine Einbürgerung ausreichend sein (vgl. den Antrag „Einbürgerungen erleichtern – Ausgrenzungen ausschließen“ auf der Bundestagsdrucksache 16/1770). Dass es für Analphabetinnen und Analphabeten keine Ausnahme bei den allgemeinen Sprachanforderungen gibt, ist ein Skandal. Die Gewährung gleicher Rechte – die für Migrantinnen und Migranten erst mit der Einbürgerung erreicht wird – darf nicht von

Sprachbegabungen oder der Bildungsherkunft von Menschen abhängig gemacht werden! DIE LINKE fordert, dass hier lebenden Menschen Angebote zur Verbesserung ihrer Deutsch-Sprachkenntnisse gemacht werden. Ein Mittel zur Ausgrenzung und Verweigerung von Rechten darf dies jedoch nicht sein.

1.4. Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung finanziert sich vor allem aus Spenden. Andere europäische Länder wie England haben die Alphabetisierungsarbeit staatlich institutionalisiert und finanzieren daraus Beratungsangebote, Kurse, Projekte, Serviceleistungen etc. Wie ist die Haltung ihrer Partei zu dieser Situation?

Bildung ist ein öffentliches Gut. DIE LINKE tritt für ein öffentliches Bildungssystem ein, dass jeden und jede bestmöglich fördert. Privatisierungstendenzen im Bildungswesen erteilen wir eine klare Absage. Zu einer guten, öffentlichen Grundbildung gehört für uns selbstverständlich auch eine flächendeckende Alphabetisierungsarbeit in öffentlicher Verantwortung. Hierüber hinaus ist der Aufbau eines öffentlich finanzierten und flächendeckenden Systems der Bildungs- und Berufsberatung überfällig.

1.5. Die Agenda 2010 stand unter der Formel „Fordern und Fördern“. Seit 2009 gibt es für die Teilnahme an Alphabetisierungskursen keine Förderung mehr aus Mitteln der Arbeitsverwaltung. Wie stehen Sie zu dieser Entwicklung? Quelle Quelle: http://www.focus.de/wissen/bildung/sprache/tid-13726/bildung-alpha-wie-bitte_aid_382422.html

Es gehört zum Recht auf Bildung, dass Alphabetisierungskurse öffentlich finanziert werden und für alle Menschen mit Lese- und Schreibproblemen jederzeit zugänglich sind. Der dramatische Einbruch der Bildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit um etwa 80 Prozent seit dem Beschluss der Hartz-Gesetze ist ein Skandal.

1.6. Gibt es nach Auffassung Ihrer Partei ein Grundrecht auf Lesen und Schreiben?

Das Recht auf Bildung muss - wenn es ernst genommen werden soll - ein Recht auf Lesen und Schreiben umfassen. Hieraus folgt, dass Grundschulen gut ausgestattet werden und alle Kinder bestmöglich unterstützen, dass flächendeckend Angebote der Alphabetisierung geschaffen werden und dass Menschen, die Lesen und Schreiben lernen wollen, hierfür auch entsprechende Unterstützung bekommen.

Die Antworten des zweiten Fragenkomplexes richten sich an Erstwähler mit Lese- und Schreibproblemen. Ihre Antworten werden in leicht lesbaren Texten veröffentlicht. Wir bitten um eine dementsprechende Formulierung Ihrer Antworten.

Fragen und Antworten für Erstwähler mit Lese- und Schreibproblemen

2.1. Was will Ihre Partei für Jugendliche tun?

DIE LINKE will die Mitbestimmung für Jugendliche ausbauen. Die Bildung muss verbessert werden und Kinderarmut sowie Jugendarbeitslosigkeit müssen bekämpft werden. Dazu gehört auch eine Verbesserung des Bildungssystems hin zu einer Schule, die Allen gleiche Chancen bietet.

2.2. Welche Ziele hat Ihre Partei für den Umweltschutz?

DIE LINKE setzt sich für einen besseren Umweltschutz ein. Eine saubere Umwelt ist auch sozial gerecht. Denn Umweltbelastungen treffen insbesondere arme Menschen. Schlechte Luft und viel Lärm sind meist ein Problem in Wohngebieten, wo ärmere Menschen leben. Denn sie können sich kein „Häuschen im Grünen“ leisten.

Wir setzen auf Energie aus Sonne, Wind und Wasser, denn die schädigt die Umwelt und das Klima am wenigsten. Außerdem wollen wir mehr und billigere Busse und Bahnen, da diese umweltfreundlicher als Autos sind. Wir wollen keine gefährlichen Technologien wie die Atomenergie. Das Abholzen der Regenwälder muss beendet werden. Deswegen wollen wir die Entwicklungsländer beim Schutz der Tropenwälder unterstützen.

2.3. Wie steht Ihre Partei zum Mindestlohn?

Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland, die vom Lohn ihrer Arbeit nicht leben können, ist stark gestiegen. Dieser Zustand ist einer reichen Gesellschaft unwürdig. Von Arbeit muss man leben können. Nur ein gesetzlicher allgemeiner Mindestlohn kann dem Lohndumping eine Grenze setzen. DIE LINKE fordert deshalb die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro in der nächsten Wahlperiode. Tariflöhne, die oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns liegen, sollen in den betreffenden Branchen für allgemeinverbindlich erklärt werden.

2.4. Würde Ihre Partei die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Zigaretten-, Alkohol- und Marihuanakonsum ändern?

Der hohe Konsum von Alkohol und Zigaretten wird von uns mit großer Sorge gesehen. Jährlich sterben tausende von Menschen an den Folgen des Alkohol- und Zigarettenkonsums. Trotzdem ist ein Verbot nicht der richtige Weg, um diese Gefahren abzustellen.

Das Verbot von Marihuana hält in Deutschland niemanden davon ab, dieses Rauschmittel zu benutzen. Insofern stellen wir zur Diskussion, Marihuana und Cannabis von der Liste der illegalen Drogen zu streichen.

DIE LINKE setzt auf Vorsorge und Aufklärung. Insbesondere jungen Menschen muss verdeutlicht werden, dass der Konsum von Drogen gefährlich sein kann.

2.5. Was will Ihre Partei für die Integration ausländischer Mitbürger tun?

Für DIE LINKE bedeutet „Integration“ die Verpflichtung, für eine rechtliche und politische Gleichstellung aller hier lebenden Menschen, für soziale Gerechtigkeit und für die Überwindung von Ausgrenzung zu kämpfen.

Wir fordern das Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten sowie Einbürgerungserleichterungen. Einschränkungen des Ehegattennachzugs und des Rechts auf Familienzusammenleben müssen zurückgenommen werden.

2.6. Was tut Ihre Partei, damit möglichst jeder Jugendliche eine geeignete Ausbildungsstelle findet oder einen Arbeitsplatz erhält?

Jeder hat ein Recht auf eine gute Ausbildung. Deshalb müssen sich alle Betriebe an der Ausbildung junger Menschen beteiligen. Wir wollen, dass der, der nicht selber ausbildet, zahlen muss. Mit dem Geld können dann weitere Ausbildungsangebote finanziert werden. Außerdem müssen die Länder mehr Geld für die Berufsschulen ausgeben, damit die Schulgebäude repariert werden können, damit es mehr Lehrerinnen und Lehrer gibt, und damit alles da ist, was gebraucht wird - zum Beispiel ausreichend gute Schulbücher.

2.7. Wie sieht für Ihre Partei eine gute Bildungspolitik aus?

Alle Kinder und Jugendlichen sollen lernen können, worauf sie neugierig sind. Alle sollen einen Beruf lernen können, auf den sie Lust haben. Dabei soll es egal sein, ob die Eltern viel Geld haben und ob sie bei den Hausaufgaben helfen können. Die Schulen müssen jeden unterstützen, alle sollen bis zur 10. Klasse gemeinsam in Gemeinschaftsschulen lernen. Die Schulen sollen den ganzen Tag offen sein, es soll ein gutes Mittagessen in den Schulen geben und ein vielfältiges Angebot an Sport und Freizeit. Wir wollen, dass auch später im Leben jede und jeder Lesen und Schreiben lernen kann, dass jede und jeder jederzeit einen Schulabschluss nachholen kann oder eine Berufsausbildung oder ein Studium.

2.8. Meinen Sie, dass der aktuelle Satz von Hartz IV angemessen ist?

Hartz IV ist Armut und Ausgrenzung per Gesetz und muss abgeschafft werden. Der aktuelle Regelsatz von 351 Euro im Monat ist zu niedrig. Millionen Betroffene können damit nicht mehr am sozialen oder kulturellen Leben teilnehmen. Besonders häufig trifft es Arbeiter ohne Ausbildung, Mütter, die ihre Kinder allein erziehen und ältere Arbeitssuchende. Zur Überwindung der ärgsten Missstände fordert DIE LINKE einen monatlichen Mindestsatz von 500 Euro für Hartz IV-Empfängerinnen und – empfangen in der nächsten Wahlperiode.